

## BERLIN

## SOWJET-NOTEN

## Das Zündholz

(siehe Titelbild)

Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.“

Mit diesen Worten beschwor am Abend des 10. April 1948 der damalige amerikanische Oberkommandierende in Deutschland, General Lucius D. Clay, von Berlin aus telephonisch über den Atlantik hinweg den amerikanischen Armee-Minister Kenneth C. Royall, Washington möge Berlin nicht aufgeben. Sieben Tage vorher hatte Clays Gegenspieler, der russische Oberbefehlshaber Marschall Wassilij Sokolowski, die Eisenbahnstrecken von Westdeutschland nach Berlin für jedweden Frachtverkehr sperren lassen. Die schon Anfang März begonnene Einschnürung Berlins zeichnete sich als das ab, was sie wenige Wochen später sein sollte: als die Blockade.

Für den amerikanischen Prokonsul in Deutschland stand die westliche Welt damals gleich einer umgekehrten Pyramide auf dem schmalen Fundament der drei westlichen Sektoren in der vier-

geteilten ehemaligen Reichshauptstadt. Für den obersten Besieger Deutschlands, den General Eisenhower, war Berlin noch drei Jahre zuvor „irgendein Punkt auf der Landkarte“ gewesen; nun war diese zerrüttete Hauptstadt des verachteten und besiegt Feindes der Angelpunkt der „freien Welt“ und der Betstuhl westlicher Widerstandsmoral.

Clay meinte 1948 vorzusehen, daß der westliche Verzicht auf Berlin eine katastrophale Ketten-Reaktion auslösen werde: Als erstes werde der Zusammenbruch der antikommunistischen Gesinnung in Westdeutschland folgen („die Deutschen würden sich dem Kommunismus in die Arme werfen, um sich zu sichern“), als nächstes die Infektion der Nachbarn Westdeutschlands („ganz Europa würde angesteckt“) und als letzte Konsequenz die kommunistische Weltherrschaft: „Falls Amerika ... jetzt nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen.“

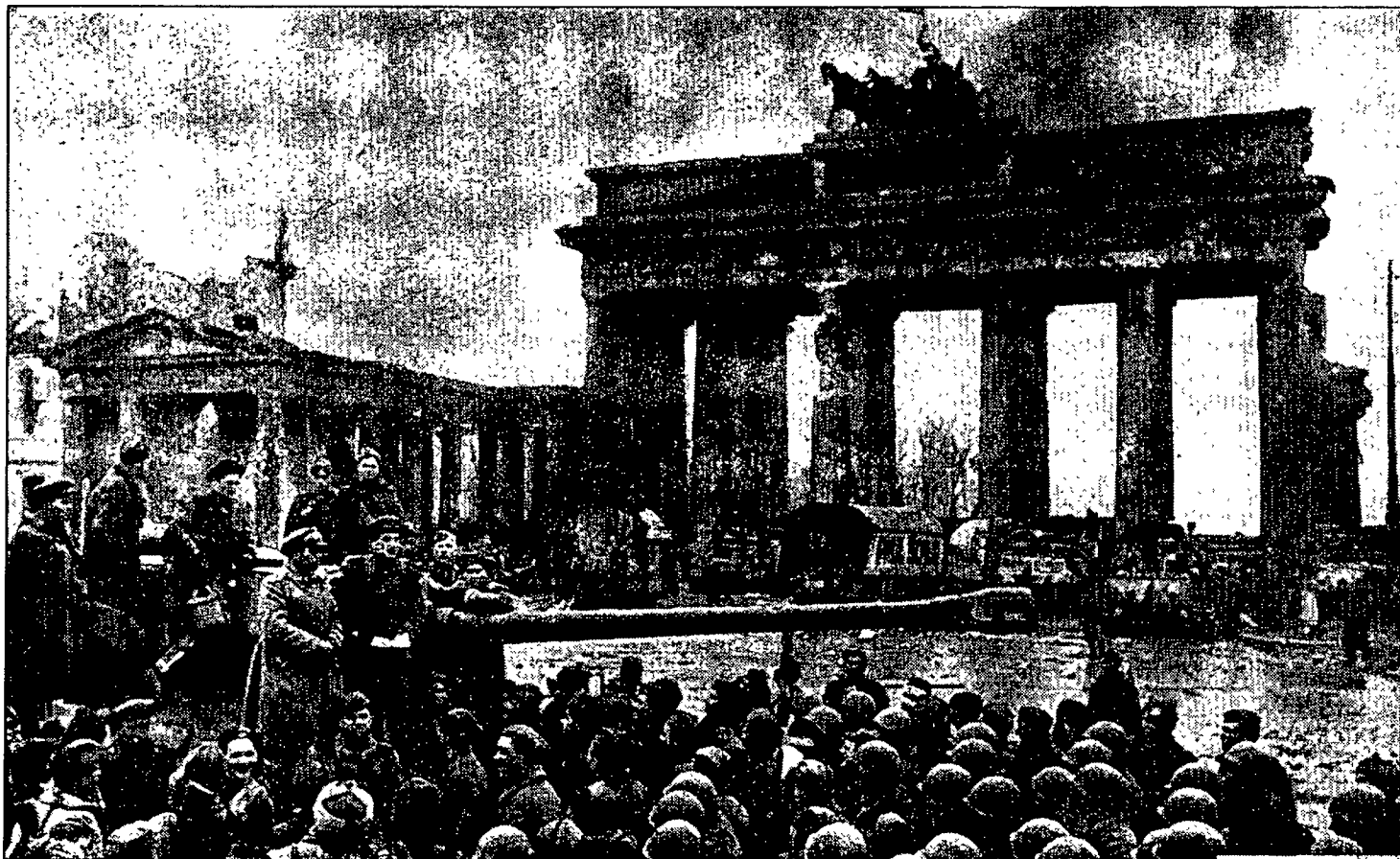
Amerika begriff damals. Es antwortete auf Stalins Drohung mit der Luftbrücke — und errang einen Sieg. Knapp ein Jahr lang blockierten die Sowjets Berlin, dann gaben sie auf. Am 12. Mai 1949 öffneten sie wieder die Verkehrswege. Der Westen triumphierte.

Indes, knapp neunzehn Jahre später legte die Sowjet-Union ein zweites Mal Hand an Berlin. Am 10. November erklärte der Nachfolger Stalins, Nikita Chru-

schtschew, im Moskauer Sportpalast: „Offensichtlich ist die Zeit gekommen, daß die Mächte, die das Potsdamer Abkommen unterzeichneten, auf die Reste des Besatzungsregimes verzichten und damit die Möglichkeit geben, eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR (damit war Gesamt-Berlin gemeint) zu schaffen.“

Die Rede des Parteisekretärs war — obwohl inhaltlich hart und drohend — im Stil auf den Ton gütiger politischer Meditationen abgestimmt. Daß der Inhalt wichtig war und nicht der Ton, erfuhr der Westen siebzehn Tage später. Am Donnerstag früh der vorletzten Woche notifierte der Kreml, daß die Sowjet-Union alle Vier-Mächte-Abmachungen über die Stationierung alliierter Truppen in Berlin von nun an als „null und nichtig“ betrachte. Zum erstenmal, seit er Ministerpräsident ist, gab Chruschtschew eine Pressekonferenz und unterstrich damit, daß nun über Berlin Russisch gesprochen wird („Wir wollen den Besatzungsstatus Berlins liquidieren“).

Mit einem Unterton von Jovialität gewährte der Kreml dem Westen eine Frist von einem halben Jahr, um über die Konsequenzen der sowjetischen Kündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin nachzudenken. Gleichzeitig jedoch beschrieb er genau die Grenzen, die der Westen bei seinen Überlegungen beachten soll. Er offerierte drei Alternativen, von denen die erste unreal, die zweite für den Westen nicht



Sowjets am Brandenburger Tor (1945): Berlin verloren — Europa verloren?

verlockend und die dritte eine Drohung ist — nämlich entweder:

- ▷ Rückkehr zum „Geist und zu den Prinzipien“ des Potsdamer Abkommens, gleichbedeutend mit dem Austritt der Bundesrepublik aus der Nato, dem Austritt der „DDR“ aus dem Warschauer Pakt, der Reduzierung der Streitkräfte in West- und Mitteldeutschland auf Polizei-Stärken, oder
- ▷ Konstituierung einer Freien Stadt Berlin, bestehend aus den jetzigen drei westlichen Sektoren, Abzug der Westmächte und — eventuell — Stationierung von Uno-Kontrolleuren in Westberlin, oder
- ▷ einseitige Übertragung der zur Zeit von den Sowjets ausgeübten Kontrolle über die Zufahrtswege nach Berlin an die sogenannte DDR, wobei für den Fall, daß der Westen die Hoheit der „DDR“ antasten sollte, „sofort eine angemessene Vergeltungsaktion“ aller Mächte des Warschauer Paktes, also auch der Sowjet-Union, angedroht wird.

Wie immer man die Ernsthaftigkeit dieser Drohung des Ostens beurteilt, unverkennbar ist, daß der Westen, vornehmlich aber die Regierung des Weltkrieg-II-Siegers-Eisenhower, wie 1948 vor der Frage steht, ob Berlin „ein Punkt auf

So viele Glieder die Kausalkette des Lucius D. Clay hatte, so viele Fragen stellen sich heute den außenpolitischen Planern in Washington:

- ▷ Ist es heute noch zutreffend, daß Amerika, wie Clay es 1948 ausgedrückt hatte, vom „Kommunismus überrannt wird“, wenn Westeuropa nicht mehr zu seiner Dollar- und A-Waffen-Klientel gehört?
- ▷ Stimmt es noch, daß Westeuropa der Infektion eines deutschen Neutralismus oder gar Kommunismus verfällt, wenn die Bundesrepublik aus der Nato scheidet und möglicherweise kommunistisch wird?
- ▷ Ist nach wie vor unzweifelhaft, daß die Westdeutschen „sich dem Kommunismus in die Arme werfen werden“, wenn Berlin den Pankowern ausgeliefert wird?

Die letzte Frage dürfte für Washington die heute noch wichtigste, auf jeden Fall aber diejenige sein, die als erste Antwort heischt. Und sie ist zweifellos schwer zu beantworten.

Eine Meinungs-Umfrage bei den westdeutschen Rock'n'Roll-Entfesselten des Big Haleyruja oder bei den durch Siebene-Paragrafen und Aktienreform Steuer-Entfesselten, wieviel ihnen Berlin noch als

Tatsächlich aber enthält der Fortbestand der alliierten Besetzung von Berlin den einzigen, wenn auch nur formalen Rest eines Anspruchs der Deutschen auf staatliche Einheit. Solange Berlin von den Siegermächten kontrolliert wird, gilt die Teilung Deutschlands in zwei Staaten jedenfalls formal als noch nicht vollendet.

Die Paradoxie dieser Situation wurde sinnfällig, als der Bonner Sowjet-Botschafter Andrej Smirnow elf Tage nach der Chruschtschew-Rede vom 10. November dem deutschen Volk anlässlich der bevorstehenden Räumung Berlins durch die sowjetischen Truppen eine „fröhliche Weihnacht“ wünschte. Bundeskanzler Adenauer kam dadurch in die verquere Lage, die Fortsetzung der alliierten Besetzung Berlins — also genau genommen auch der durch die Russen — als vom deutschen Standpunkt aus vorteilhaft bezeichnen zu müssen.

Smirnows fröhliches Weihnachtsklingeln konnte Chruschtschews Melodie in Moll nicht übertönen: Er hatte in seiner Rede keinen Zweifel über den Zusammenhang zwischen der Berliner Frage und der deutschen Frage gelassen. Dem Buchstaben nach zu Unrecht, sinngemäß aber durchaus zutreffend erklärte er, daß

- ▷ die Vier-Mächte-Absprachen von 1944 und 1945 über die gemeinsame Verwal-



Chruschtschews Berlin-Presskonferenz (links Gromyko): „Wir wollen liquidieren“

der Landkarte“ oder das Fundament westlicher Freiheit und Gesittung oder — wie Chruschtschew offenkundig meint — nur noch ein historischer Fetisch ist, den man ungestraft als Popanz entlarven kann.

Funktioniert, so fragte man sich letzte Woche in Washington, immer noch die fatale Kausalkette des Generals Lucius D. Clay:

- ▷ Berlin verloren — Westdeutschland verloren,
- ▷ Westdeutschland verloren — Europa verloren,
- ▷ Europa verloren — Amerika kapitulationsreif?

Ist es, mit anderen Worten, nach wie vor zwingend, daß die westliche Welt in der unbequemen Stellung einer auf der Spitze stehenden Pyramide verharren muß, deren Basis das letztlich nur durch die Drohung mit dem großen H-Bomben-Krieg zu haltende Westberlin ist?

Symbol bismarckischer Reichseinheit oder als „Leuchtturm der Freiheit“ wert sei, versprache nur dürftige Auskunft. Wie die Auslieferung von über zwei Millionen Bürgern der westlichen Welt an das, was man dort gewohnheitsgemäß die „östliche Sklaverei“ nennt, auf den Westen selbst zurückwirken würde, ist in der Tat nicht in der massenpsychischen Oberflächen-Schicht auszumachen, wo Demoskopien die Anfälligkeit der Konsumenten für das Hula-Hoop-Hüpfen zu erforschen pflegen.

Dabei kann jedoch kaum geleugnet werden, daß gerade die in tieferen seelischen Bezirken verankerten deutschen Empfindungen gegenüber Berlin in einen paradoxen Zwiespalt münden: Wer Berlin als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland wünscht und in Berlin so etwas wie das Symbol der Reichseinheit erblickt, dürfte eigentlich nichts sehnlicher wünschen als die Räumung der Stadt von alliierten Truppen.

tung Berlins, durch die bis jetzt die Stationierung westlicher Truppen in Westberlin völkerrechtlich abgesichert ist, und

- ▷ das Potsdamer Abkommen, in dem die vier Mächte sich einerseits verpflichteten, Deutschland zumindest als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, zum anderen übereinkamen, die Herrschaft der Monopolherren, Militaristen und Faschisten zu brechen,

dem Willen ihrer Verfasser zufolge eine rechtliche Einheit bilden sollten. Da aber — so Chruschtschew weiter — der eine Teil dieses Vereinbarungs-Ganzen, nämlich das Potsdamer Abkommen, nicht verwirklicht worden sei, müsse nunmehr auch der andere Teil als hinfällig betrachtet werden: der Viermächte-Status Berlins und damit die völkerrechtliche Legitimation der Stationierung westlicher Truppen in Westberlin.

Hatte US-General Clay im Jahre 1948 einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Freiheit Westberlins und der Stabilität der westlichen Welt postuliert, so versinnbildlicht Berlin für die Sowjets einen völlig anderen Gedankengang, der ungefähr so aussieht:

- ▷ Der Berliner Vier-Mächte-Status war von den Sieger-Mächten gedacht als das Symbol des alliierten Versprechens, den Deutschen ihre staatliche Einheit zurückzugeben;
- ▷ die Erfüllung dieses Versprechens setzte aber voraus, daß in ganz Deutschland, also auch in den westlichen Besatzungszonen, eine soziale Umschichtung vorgenommen (im Partei-Chinesisch: „Brechung der Herrschaft der Monopolherren, Faschisten und Landjunker“) und ganz Deutschland entmilitarisiert wird; sofern jedoch diese Voraussetzungen (Entmonopolisierung und Entmilitarisierung) nicht erfüllt werden — und sie können in der Tat heute nicht als erfüllt gelten —, entfällt der deutsche Anspruch auf den Einheitsstaat und mithin auch
- ▷ die Berechtigung des Berliner Vier-Mächte-Status, der diesen deutschen Anspruch symbolisieren sollte.

Chruschtschew beschrieb diesen Zusammenhang im Moskauer Sportpalast unter anderem mit folgenden Sätzen:

„Damals (in Potsdam) haben die Mächte, die der Anti-Hitler-Koalition angehörten, ganz klar umrissene Verpflichtungen übernommen: den deutschen Militarismus auszurotten, für immer dessen Wiedergeburt unmöglich zu machen und ... die Gewalt-herrschaft der Kartelle, Syndikate und anderer Monopolgesellschaften in der deutschen Wirtschaft zu beseitigen, das heißt, alle Kräfte zu liquidieren, die seinerzeit Hitler zur Macht brachten und seine militärischen Abenteuer begünstigten und finanzierten.“

Diese Verpflichtungen sind laut Chruschtschew nicht erfüllt worden: Zu der in Potsdam geplanten Entmilitarisierung sagte er, „daß der Militarismus in Westdeutschland nicht nur nicht beseitigt ist, sondern im Gegenteil sein Haupt immer höher trägt ... Mehr noch, mit dem Segen der Westmächte, vor allem der Vereinigten Staaten wird den deutschen Militaristen die Atomwaffe in die Hand gegeben.“

Bei der Behandlung der Potsdamer Verpflichtung, Deutschland zu entmonopolisieren, befand Chruschtschew sich allerdings in einer peinlichen Lage. Ihm blieb nichts übrig, als die wirtschaftliche Blüte Nachkriegs-Westdeutschlands als einen Effekt der Herrschaft der Monopolherren zu beschreiben, obwohl die marxistische Theorie sonst behauptet, wirtschaftlicher Fortschritt könne nur durch den Sozialismus errungen werden, und er mußte dann feststellen, eben dieser wirtschaftliche Erfolg Westdeutschlands sei eine Weltgefahr, obwohl andererseits Chruschtschews Pankower Zöglinge gerade in jüngster Zeit immer wieder prophezeien, sie würden in kurzer Frist die westdeutsche Wirtschaft überholt haben.

Trotz der für westlich geschulte Hirne kaum verständlichen Logik enthielten gerade die Passagen über die westdeutsche Wirtschaft den — neben der Kritik an der westdeutschen Atom-Bewaffnung — wichtigsten Teil der Rede. Der sowjetische Parteichef wies darauf hin,

- ▷ daß Westdeutschland 1957 24,5 Millionen Tonnen Stahl produzierte, „während es in Großbritannien nur 22 Millionen Tonnen waren“,
- ▷ daß die Gold- und Valuta-Reserven Westdeutschlands Ende 1957 5,6 Milliarden Dollar „gegenüber zwei Milliar-



Brandt am Brandenburger Tor\*: Punkt auf der Landkarte oder historischer Fetisch?

den und 370 Millionen in Großbritannien“ betrogen, und behauptete:

- ▷ „All diese wirtschaftlichen Hilfsquellen Westdeutschlands werden in den Dienst des sich erhebenden deutschen Imperialismus gestellt“,
- und kam zu dem Schluß:
- ▷ „Auch in wirtschaftlicher Hinsicht greift Westdeutschland seinen westeuropäischen Verbündeten buchstäblich an die Gurgel.“

Sinn dieses Gedankenganges war unverkennbar, den Amerikanern, Briten und Franzosen klarzumachen, daß Ost und West bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Ansichten über Deutschland doch wenigstens ein gemeinsames Interesse besitzen — nämlich das Interesse, Deutschlands wirtschaftliche und militärische Kräfte ihrer durch zwei Großkriege erwiesenen Gefährlichkeit für den Weltfrieden zu entkleiden. Er stellte damit ein Problem zur Debatte, an dessen Lösung nicht nur Amerikaner, Briten und Franzosen und die Völker des Ostblocks, sondern auch die Deutschen selbst vital interessiert sind.

Der deutsche Nationalstaat war — nachdem sein Schöpfer Bismarck das Ruder aus der Hand legte — immer ein Unruheherd inmitten Europas gewesen, zweifellos nicht, oder nicht nur, weil — wie im Ausland zur Legende geworden ist — die preußischen Herren dieses Staates passionierte Eisenfresser gewesen wären, sondern auch, weil die europäischen Völker in der Kombination von Potsdam und Ruhr, von Langen Kerls und Krupp-Stahl eine unausweichliche Gefahr sahen — zum Teil zu Recht, zum Teil, weil dieses Deutschland

ihren eigenen Hegemonie-Wünschen im Wege stand, zum Teil aus purer Hysterie.

Dem Gründer Bismarck indes war immer klar gewesen, daß die Existenz jedes mitteleuropäischen Staates — so die Preußens und noch mehr die eines deutschen Nationalstaates — ständig bedroht und nur durch eine äußerst komplizierte Politik zu sichern sei.

55 Jahre nach Bismarcks Abgang, am 7. Mai 1945, ereilte den deutschen Nationalstaat sein Geschick — provoziert durch Wilhelm II. und Hitler, die es beide nicht verstanden hatten, mit dem komplizierten Mechanismus der bismarckschen Außenpolitik zu hantieren. Welche Gründe zu diesem Debakel auch immer geführt haben mochten, für die Sowjets zählte die blutige historische Bilanz des Bismarck-Reiches: zwei Weltkriege.

Der damalige Herr des Kreml, Stalin, strebte eine Lösung des deutschen Problems an, die nach russischen Begriffen als optimal und nach marxistischen Vorstellungen als einzig sinnvoll erschien: die soziale Umschichtung Gesamtdeutschlands (Entmilitarisierung und Entmonopolisierung) unter Führung einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei, die — und darin lag das für den Westen Unannehmbare — zwangsläufig von Moskau gesteuert werden und mithin Gesamtdeutschland den Sowjets ausliefern mußte.

Stalins Versuch scheiterte, als die Westmächte 1948 begannen, in Westdeutschland ein separates Staatsgebilde aufzubauen und sich sogar durch die Berliner Blockade davon nicht abhalten ließen.

Nach einer Epoche von rund zehn Jahren, in denen sich der westdeutsche Teil

\* Links: Der amerikanische Senator Humphrey.



Stalin, Roosevelt\*, Churchill in Teheran (1943): Deutschland ist ...

staat wirtschaftlich stabilisierte und der mitteleuropäische sich mit Waffengewalt gegen die latente Empörung der Bevölkerung durchsetzte, zog Stalins Nachfolger Chruschtschew die Konsequenzen: Er verzichtete auf die soziale Umschichtung in Gesamtdeutschland und begnügte sich mit Mitteldeutschland, forderte dafür aber vom Westen, daß Amerikaner, Briten und Franzosen nun nach ihren Methoden für eine Entschärfung der westdeutschen Potenzen Sorge tragen sollten.

Den Verzicht auf die soziale Umschichtung in Westdeutschland drückte die Sowjet-Note mit dem Satz aus: „Der Kernpunkt der (deutschen) Frage ist selbstverständlich nicht der, daß sich die sozialen und politischen Systeme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland grundlegend unterscheiden.“

Für den Alt-Kommunisten Stalin war die Unterscheidung der sozialen und politischen Systeme in West- und Mitteldeutschland noch der „Kernpunkt“ der deutschen Frage gewesen, für Chruschtschew gilt das nicht mehr. Für Stalin war es noch unglaublich gewesen, daß die kapitalistischen Westmächte in Westdeutschland eine wirksame Kontrolle über die dort potentiell vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Kräfte ausüben könnten — einfach weil für ihn als konsequenten Marxisten das westliche Gesellschaftssystem als zwangsläufig militaristisch und imperialistisch galt. Die „Monopolherren der Wallstreet“ konnten ihm hinsichtlich der Kontrolle Deutschlands versprechen, was sie wollten, als Marxist glaubte er ihnen nicht.

Chruschtschew — ein Pragmatiker — leistet sich nun eine Hoffnung, die vom orthodox-marxistischen Denken her gesehen eine Illusion ist: Der kapitalistische Westen müsse aus wohlverstandenen Eigennutz daran interessiert sein, Westdeutschlands wirtschaftliche und militärische Kräfte dergestalt zu drosseln, daß in Europa schließlich eine Friedenspolitik möglich werde.

Die Offerte Chruschtschews an den Westen, einen Friedensvertrag für beide deutsche Staaten unter Voraussetzung der

Beibehaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems in der Bundesrepublik abzuschließen, impliziert mithin eine wichtige und zweifellos den Kardinälen der roten Kirche schwergefallene Konzession an den Westen — nämlich das Eingeständnis, daß auch das kapitalistische System nicht zwangsläufig militaristisch und imperialistisch zu sein braucht.

Immerhin: Für den Kreml dürfte aus ideologischen Gründen der Verzicht auf die gesellschaftliche Umstrukturierung Westdeutschlands ebenso schwer ins Gewicht fallen wie für den Westen aus moralischen Gründen die von den Sowjets vorgeschlagene Räumung Berlins.

Chruschtschew hat dem Westen in seiner Rede vom 10. November und in seiner

Note vom 27. November ein rein machtpolitisches Arrangement auf deutschem Boden vorgeschlagen. Ideologische und moralische Positionen sollen dabei nicht berücksichtigt werden. Die marxistische Sowjet-Union verzichtet auf ihren Anspruch, Gesamtdeutschland gesellschaftlich umzubauen, und erhält dafür das Recht, Mitteldeutschland nach ihren Vorstellungen zu gestalten und gleichzeitig Westberlin — freilich so langsam und schmerzlos wie möglich — in die „DDR“ zu überführen.

Dabei ist für die Sowjets die Berlin-Frage der Prüfstein dafür, ob das kapitalistische Machtsystem Amerikas überhaupt in der Lage ist, in seinem Bereich friedensförderliche Maßnahmen durchzuführen.

Man kann aus Chruschtschews Rede und Note als wichtigsten Punkt eine einzige Frage an die Adresse Washingtons herauslesen: Bringen die Vereinigten Staaten es mit ihren Methoden fertig, auf ihrem Einflußgebiet im Interesse einer so wichtigen Frage, wie es das Problem der Befriedung Mitteleuropas nun einmal ist, über die Köpfe ihrer Klienten hinweg vernünftig zu handeln? Wenn sie dazu nicht in der Lage sind — wenn sie es zum Beispiel nicht einmal fertigbringen, die Wünsche von 2,3 Millionen Westberlinern als Quantité négligeable zu behandeln —, welche Garantie sollte dann der Kreml dafür haben, daß Washington sich nicht eines Tages von dem Wiedervereinigungs-Impetus der Westdeutschen mitreißen lassen muß, den Amerika heute atomar ausrüstet?

Diesen Impetus haben die Sowjets von 1945 bis in die Gegenwart viel bedeutender eingeschätzt, als man es damals wie heute in Deutschland selbst tat und tut. Anders wäre es nicht verständlich, daß Stalin sofort am Tage der deutschen Kapitulation im Mai 1945 mit der Idee eines deutschen Nationalstaates zu paktieren begann und Jahre zähle, wenngleich immer wieder vergeblichen Bemühens daransetzte, diese Idee mit einer gesellschaftlichen Umschichtung Deutschlands im sowjetischen Sinne zu versöhnen, und daß schließlich sein Nachfolger in der Note vom 27. November — nicht ohne Anzeichen von Resignation — bekundete, das deutsche Potential (das möglicherweise einmal



... Krupp-Stahl plus Lange Kerls: Stalin in Potsdam (1945)

\* Geschenkaustausch mit Sowjet-Marschall Woroschilow (vorn mit Schwert).

## Rationalisierung

### Eine runde Konstruktion

Das Diktat gehört zu den grundsätzlichen Rechten jedes freien Unternehmers. Niemand wird es in Frage stellen. Letztlich trägt er (der Unternehmer) allein die Verantwortung für die Produktivität seines Betriebes. Jede Rationalisierung ist jedoch für die Katz, wenn sie nicht schon im Büro des Chefs und seiner Abteilungsleiter beginnt.

Erklären Fortschrittliche: „Wenn schon Diktat, dann in seiner raffiniertesten Form, und die heißt: diktieren mit UHER UNIVERSAL.“ Die Zeitersparnis mit UHER UNIVERSAL beträgt durchschnittlich etwa 45 Prozent. — Man spricht eben schneller als geschrieben wird. Daraus ergibt sich, daß ein diktierender Chef auf seine Sekretärin warten muß, und mal eifrig: Welcher Chef kann schwierige Korrespondenz — dauernd von Telefongesprächen unterbrochen — so flüssig diktieren, daß nicht auch seine Sekretärin auf ihn warten muß?



Keßler-Zwillinge: Viel Post, daher „UNI“

Wer Briefe zu schreiben hat, kann sie am „laufenden Band“ in das Fernsteuermikrofon sprechen und Zeit, Geld und Nerven sparen. Die Überraschung, die das Vielzweck-Tonbandgerät UHER UNIVERSAL in der Fachwelt auslöste, ist echte Begeisterung geworden (drei Bandgeschwindigkeiten 2,4/4,7 und 9,5 cm/sek.; 40—16 000 Hz.; Aufnahme bis zu acht Stunden).

Mit UHER UNIVERSAL kann man nicht nur perfekt diktieren und Telefongespräche aufnehmen, sondern auch auf Reisen Post erledigen, Konferenzen auf Band nehmen, Musik machen, auf Tonjagd gehen, klingende Urlaubserlebnisse festhalten, Diapositive vertonen, akustische Reklame treiben und natürlich überall gute Laune verbreiten. Eine Patentlösung, die nur 7,1 kg wiegt ...

Als betriebliches Telefonaufnahmegerät ist das UNIVERSAL sofort steuerlich absetzbar.

Wer UHER wählt, weiß warum ...

Fragen Sie den guten Fachhandel nach dem

**UNIVERSAL**

oder lassen Sie sich einfach den interessanten Prospekt SU schicken von den

**UHER**  
WERKEN MÜNCHEN

einer aggressiven Wiedervereinigungs-Politik dienstbar gemacht werden könnte) sei nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Ost und West zu kontrollieren.

Freilich war der Plan, den deutschen Einheitsstaat zu zerstücken, erstmalig von Stalin aufgeworfen worden, und zwar bereits im Dezember 1941, also ungefähr ein halbes Jahr nachdem Hitler zum Angriff auf die Sowjet-Union angetreten war. Offenbar ging Stalin damals noch von der Vorstellung aus, daß Deutschland kapitulieren werde, ehe sowjetische Truppen bis ans Reich vorgedrungen seien.

Stalins Zerstückelungs-Vorschlag fand damals im Westen sofort begeisterten Widerhall. Als die drei Großen — Stalin, Roosevelt und Churchill — im November 1943 in Teheran zusammentrafen, schlug der Brite vor, „territoriale Veränderungen umfassender Art“ in Deutschland vorzunehmen, das verhaßte Preußen hart und Süddeutschland milde zu behandeln. Roosevelt hatte einen in Einzelheiten anderen, aber im Prinzip auch auf Zerstückelung bedachten Plan. Zeitweilig befürwortete er, eine Donau-Föderation zu bilden. Stalin schmauchte seine Pfeife, war mit der Zerstückelung einverstanden und meinte nur, daß man bei der Behandlung zwischen Preußen und Bayern keinen Unterschied machen sollte, „denn alle Deutschen kämpfen wie wilde Tiere“.

Noch während der Jalta-Konferenz im Februar 1945 — die sowjetischen Truppen hatten Warschau eingenommen — erklärte sich Stalin mit der Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten einverstanden. Er unterschrieb sogar ein Protokoll, wonach in die deutsche Kapitulations-Urkunde ein Zerstückelungs-Passus aufgenommen werden sollte. Einzelheiten sollten von einer Londoner Drei-Mächte-Expertenkonferenz entworfen werden.

Aus diesem Plan wurde aber nichts mehr. Als insbesondere der britische Vertreter in der Londoner Experten-Konferenz angesichts des sich anbahnenden deutschen Zusammenbruchs seinen sowjetischen Kollegen drängte, die Russen möchten ihre Formulierung des Zerstückelungs-Abchnitts in der geplanten Kapitulations-

Urkunde bekanntgegeben, wich der Russe immer wieder aus.

So war es für die westlichen Alliierten keineswegs eine große Überraschung, als Stalin am Tage der Kapitulation in einer Proklamation — entgegen dem Protokoll von Jalta — erklärte, die Sowjet-Union denke nicht daran, Deutschland zu zerstücken.

Als dann rund zwei Monate später der unverhofft durch den Tod Roosevelts ins Washingtoner Weiße Haus gelangte Truman im Schloß Cäcilienhof zu Potsdam die nun schon verstaubten Teilungspläne Roosevelts und Churchills zur Debatte stellen wollte, winkte der Herr des Kreml so deutlich ab, daß sie überhaupt nicht erörtert wurden. Im Potsdamer Abkommen beschlossen die großen Drei, Deutschland wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht als Einheit zu behandeln.

Der Stellungswechsel, den Stalin zwischen Jalta und der Londoner Experten-Konferenz in der Zerstückelungs-Frage vornahm, erklärt sich aus dem, was in dieser Zeit geschah: Sowjetische Truppen besetzten Deutschland bis zur Oder, zwei Drittel der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes floh, die Übertragung der sogenannten Oder-Neiße-Gebiete an Polen bereitete keine Schwierigkeiten, ein wesentlicher Teil der Zerstückelung Deutschlands — nämlich die Abtrennung des deutschen Ostens zugunsten der Sowjet-Union und Polens — war eine vollendete Tatsache, ehe man überhaupt die Teilung Deutschlands debattieren konnte.

Auch noch Rumpf-Deutschland aufzuteilen, lag nicht mehr in Stalins Interesse, zumal er bereits Mitte Februar unsicher voraussehen konnte, daß die Sowjet-Union als erste die Reichshauptstadt besetzen und mithin die Chance haben würde, von ihr aus ganz Deutschland und insbesondere die Ruhr mitzuregieren — sofern Deutschland als Einheitsstaat bestehen blieb.

Dieser Absicht Stalins entsprach auch, daß Berlin im Rahmen des über ganz Deutschland verhängten Kontrollrat-Regimes einen Sonderstatus erhielt. Die vier Besatzungszonen wurden von jedem Oberbefehlshaber gesondert verwaltet. Der



Sowjetsektor-Polizisten zernieren West-Berlin (1948): Grundsteinlegung welthistorischer Gefühle

Kontrollrat sollte nur dazu dienen, diese Verwaltung zu *koordinieren*. Berlin hingegen sollte gemeinsam *verwaltet* werden. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Institution gegründet: Die sogenannte Berliner „Kommandatura“.

Sie symbolisierte, daß die vier Mächte planten, Berlin einmal zum Sitz der vorgesehenen deutschen „Zentralverwaltungen“ und damit wieder zur Hauptstadt eines deutschen Einheitsstaates zu machen. Abgesehen von Frankreich hatten die Siegermächte also ihre Teilungspläne aufgegeben.

Die schon im ersten Besatzungsjahr sich abzeichnende Teilung entlang der sowjetischen Zonengrenze war mithin nicht das Produkt der bösen Absichten einer oder mehrerer Besatzungsmächte. Sie war ein Fatum, aber eines, dem jede der Besatzungsmächte mehr oder weniger in die Hände spielte.

Den ersten und zweifellos folgenreichsten Schritt zur Spaltung Deutschlands tat die Sowjet-Union. Während die westlichen Zonen-Befehlshaber noch bis Ende 1945 in ihren Zonen keine andere selbständige deutsche politische Betätigung als auf Gemeinde-Ebene zuließen, regte der sowjetische Oberkommandierende bereits fünf Tage nach Etablierung des Kontrollrat-Regimes die Gründung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien an. Mit diesem Sammelbegriff war von vornherein angegeben, wohin die Entwicklung in der Sowjetzone führen sollte: zum System des Einparteien-Regimes.

Überhastet folgten drei für die traditionelle Gesellschaftsstruktur Deutschlands einschneidende Maßnahmen, nämlich:

- ▷ am 23. Juli 1945 die Schließung sämtlicher Privatbanken der Sowjetzone und deren Ersetzung durch Provinzial- und Länderbanken;
- ▷ im September 1945 die entschädigungslose Enteignung des gesamten „Feudal-junkerbodens und des Großgrundbesitzes über 100 Hektar“ (bereits am 1. April 1946 waren 6350 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 33 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands enteignet);
- ▷ im Oktober „die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien“, deren Folge die schnell voranschreitende Sozialisierung der großen Industriebetriebe in der Zone war.

Die Zertrümmerung der politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen des ideologisch mit dem Westen fraternisierenden Bürgertums in Mitteldeutschland wurde also von vornherein nach einem offenbar zuvor gefaßten Plan zielbewußt betrieben. Das Ziel war klar: Die bereits am 11. Juni 1945 neu gegründete Kommunistische Partei Deutschlands sollte für den von Stalin erwarteten innenpolitischen Kampf mit einer unangreifbaren Position ausgestattet werden.

Es gibt aus jener Zeit kaum Zeugnisse, aus denen man entnehmen kann, daß die Westmächte begriffen, was in der Zone geschah. Den Eisernen Vorhang zwischen der Zone und dem übrigen Deutschland hatten die Sowjets schon im Juni 1945 heruntergelassen: Reiserestriktionen waren verhängt, der Handel und der Austausch von Zeitungen gedrosselt worden.

Das Mißtrauen der westlichen Alliierten wurde sehr viel später durch wirtschaftliche Beobachtungen geweckt. Den Anstoß dazu gab die Regelung der deutschen Reparationen an die Siegermächte.

Stalin hatte in Jalta mit Roosevelt über den Tisch weg verabredet, daß die sowjetische Forderung, Deutschland solle 20 Milliarden Dollar — rund 90 Milliarden Mark —



## Wenn Sie **MICH** fragen ...

Weihnachten — das Fest der Lichter und der Freude, an dem nach altem Brauch Küche und Keller ihr Bestes aufbieten — wenn je, dann gehört an diesem Tage ein Glas Sekt dazu. Wo Sekt im Glase perlt, ist gleich die richtige Fest-Atmosphäre da. Aber natürlich, „Sekt“ und „Sekt“ das ist nun mal nicht das gleiche. Es muß dann schon eine Flasche sein, die diesem Höhepunkt des Jahres gerecht wird, ein Sekt von Format, gut abgelagert, nobel, rassic und elegant, kurzum — wenn Sie mich fragen — eine HENKELL TROCKEN.

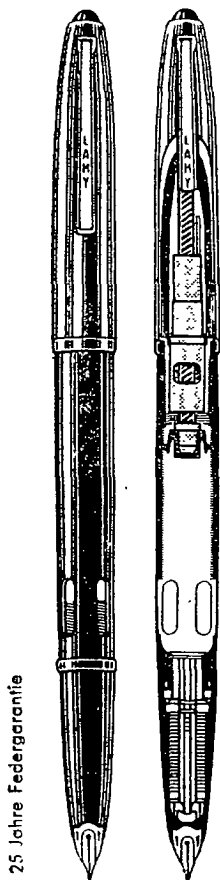


# HENKELL TROCKEN



*Mit HENKELL gefeiert, froh das Fest!*

# Repräsentativ im Äußeren - zuverlässig im Inneren



25 Jahre Federgarantie

Sie sehen es schon an der eleganten Stromlinienform des LAMY 27, daß seine Konstruktion bis ins Letzte ausgewogen ist. Wenn Sie ihn dann zum Schreiben ansetzen, spüren Sie mit Genugtuung, daß er angenehm leicht in Ihrer Hand liegt und fast automatisch schreibt.

## Tintenfluß automatisch gesteuert

Beobachten Sie einmal die Feder beim Schreiben: Sie werden feststellen, daß sie jeweils nur genau soviel Tinte aufs Papier bringt, wie gerade gebraucht wird. Keinen Tropfen zuviel - keinen Tropfen zu wenig. Dieser exakte Tintenfluß wird durch die LAMY-Tintomatic mit ihren zwei feinen Tintenkanälen und ihren 21 doppelseitigen Kammern erzielt, die jede Luftdruckschwankung ausgleichen und überschüssige Tintenmengen aufspeichern. So kann die Tinte in Ihrem Füllhalter niemals klecksen oder schmieren.

DM 19.50, Luxusausführung DM 25.-, 29.50 und 39.-. In schwarz und verschiedenen aparten Farben sowie in allen gebräuchlichen Federspitzen durch den Fachhandel zu beziehen. Fortschrittliche Fachgeschäfte zeigen Ihnen gern den



Mit den gleichen technischen Vorzügen, jedoch in einfacherer Ausstattung und einer 14 Karat Goldfeder mit 5 Jahren Federgarantie, erhalten Sie den LAMY 99 in schwarz und rosenholz. Preis DM 13.50

**Gutschein** für kostenlose Zusendung der interessanten Broschüre „Weg in eine neue Schreibepoche“. Ausschneiden und auf Postkarte oder in Umschlag mit Ihrer genauen Adresse einsenden an

**C. JOSEF LAMY GMBH, Abt. 177, HEIDELBERG**

(Wenn Ausschneiden nicht erwünscht, Broschüre einfach durch Postkarte verlangen.)



## Zahnprothesen immer wie neu

Jede LEODENT-Reinigungstablette tötet selbsttätig Bakterien.

Mühe los wird die Prothese sauber und frei von Geruch. LEODENT ist das erste Reinigungsmittel in praktischer Tabletten-Form. Röhrchen zu 30 Tabletten (Monatsbedarf) DM 1.50. Kein Abmessen mehr! Nach wie vor ist LEODENT aber auch in Pulverform erhältlich - gr. Packung DM 2.50 - kl. Packung DM 1.50.

Für festen Sitz Ihrer Zahnprothese sorgt LEODENT-Haftpulver. Streudose DM 1.50:

LEO-WERKE GMBH. FRANKFURT/M



Bei jedem Wetter  
**Niederstädter**

★ für Feinschmecker  
aus eigenem Kornfeinbrand nach einem besonderen Verfahren gewonnen

KORBRENNEREI NIEDERSTADT 8. LÜBBECKE/WESTF.

Reparationen zahlen, als „Diskussionsgrundlage“ für eine endgültige Regelung dienen solle. Churchill hatte diese Vereinbarung nicht unterschrieben. Ihm steckten noch die Erfahrungen der zwanziger Jahre in den Knochen.

Die hohen Reparations-Forderungen der damaligen Siegermächte hatten dazu beigetragen, daß das deutsche Bürgertum und die deutsche Arbeiterschaft verelendeten und zu rechts- oder linksradikalen Parteien, wie der NSDAP und der KPD, überliefen. Die Chance, eine wirtschaftlich gesicherte Mittelschicht zu schaffen, die als Stütze der demokratischen Ordnung in Weimar-Deutschland hätte auftreten können, war in Versailles von den Alliierten jedenfalls mit verspielt worden.

Churchill sah in Jalta voraus, daß eine neuerliche Verelendung Deutschlands durch überhöhte Reparationsforderungen sich nur zugunsten einer kommunistischen Entwicklung, mithin zum Vorteil der Sowjets auswirken könne.

War schon zu vermuten, daß die verelendeten deutschen Massen zum Kommunismus tendieren würden, so lag überdies nahe, zu vermuten, daß die zu erwartende soziale Unruhe schließlich nur mit den Mitteln des sowjetischen Systems zu bändigen sein werde: mit erzwungener Indoktrinierung, Polizeistaat - Methoden, Zwangsgewerkschaften und Einheitspartei, alles Mittel, die Stalin sofort nach 1945 in seiner Zone tatsächlich einsetzte, die aber den Westmächten nicht zur Verfügung standen, weil sie solche Mittel verabscheuten.

Dem Europäer Churchill dürfte schon in Jalta klar gewesen sein, daß die Herrschaft der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland auf die Dauer nicht ohne das Wohlwollen einer demokratisch-parlamentarischen Mehrheit deutscher Bürger auskommen werde - was voraussetzte, daß man den Deutschen eine Chance wirtschaftlicher Entwicklung geben würde.

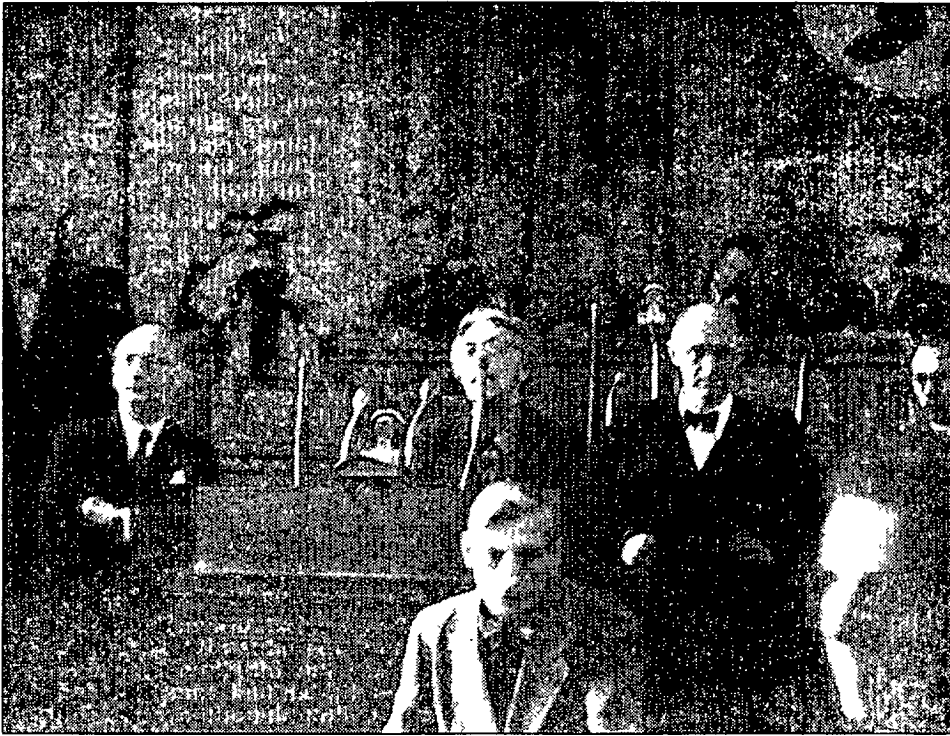
Die Reparations-Kontroverse in Jalta zwischen Stalin und Churchill hatte erstmalig das Thema angeschlagen, das fortan für die Deutschland-Politik der drei westlichen und der östlichen Besatzungsmächte von ausschlaggebender Bedeutung sein sollte: die Frage der sozialen und politischen Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. Aus der Reparations-Kontroverse entwickelte sich - wie aus den sozialen Umschichtungs-Maßnahmen der Sowjets in ihrer Zone - ein Spaltungs-Impuls.

Stalin hatte vorgeschlagen, daß die von ihm geforderten 20 Milliarden Dollar deutscher Reparationen zur Hälfte an die Sowjet-Union und zur anderen Hälfte an die übrigen Siegermächte gezahlt werden sollten.

Die britische Opposition gegen diesen Plan hielt auch in Potsdam an und wurde dort - nach Churchills Wahl-niederlage - von dem neuen englischen Premier Attlee und dessen Außenminister Bevin fortgesetzt. Schließlich einigte man sich auf einen folgeschweren Kompromiß: Die vom Krieg schwergetroffene Sowjet-Union erhielt das Recht, den größten Teil ihrer Zehn-Milliarden-Dollar-Forderung in der Sowjetzone einzutreiben; außerdem sollten die drei Westmächte zehn Prozent der für die deutsche Friedenswirtschaft nicht nötigen Industrien ihrer Zonen den Sowjets entschädigungslos und weitere 15 Prozent gegen Lieferung sowjetischer Lebensmittel übergeben.

Durch diesen Kompromiß war das laut Potsdamer Abkommen als wirtschaftliche Einheit zu behandelnde Deutschland in zwei Wirtschaftszonen geteilt - in

▷ die mitteldeutsche Elendszone, wo die Sowjets (die dort schon vorher große Werke als Beutegut abgebaut hatten) nunmehr rücksichtslos demontierten



Letzte Vier-Sektoren-Stadtrats-Sitzung (26. August 1948)\*: „Es machen sich ...“

Potsdam vergeblich vorgebracht hatten: Beteiligung an der Verwaltung der Ruhr.

Der Byrnes-Vorschlag war der letzte mit einer realen Erfolgchance unternommene Versuch der Alliierten, Berlin wieder zur Hauptstadt Deutschlands zu machen und das nach der Abtrennung des Ostens verbliebene Land zu einem. Dieser Versuch scheiterte an den Franzosen.

Georges Bidault — auf der Berliner Konferenz von 1954 einer der eloquentesten Sprücheklopfer der deutschen Einheit — kündigte bereits am 12. Dezember 1945 sein Veto gegen die Etablierung deutscher Zentralinstanzen in Berlin an, es sei denn, die Ruhr werde in derselben Weise von Deutschland abgetrennt wie die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Ein Chor französischer Stimmen forderte damals die Zerstückelung Deutschlands. Frankreich hatte seinen Haß gegen das Reich am besten konserviert:

▷ Regierungschef de Gaulle im September 1945: „Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlandes unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt.“

▷ Der spätere Hochkommissar François-Poncet 1946: „Deutschland wieder von Berlin her zu zentralisieren, hieße alle Lehren der Erfahrung herauszufordern und würde einem rachsüchtigen Deutschland wieder zur Macht verhelfen.“

▷ Oberbefehlshaber General Koenig: „Die Deutschen, welche die verhängnisvolle Einheit Deutschlands wieder ersehnen ... sind Pangermanisten, nicht Demokraten, selbst wenn sie guten Glaubens sind.“

Unter dem Eindruck des französischen Nein offerierte Byrnes den Sowjets, in Berlin eine deutsche Zentralverwaltung für die amerikanische, britische und sowjetische Besatzungszone zu etablieren. Im Februar 1946 vervollständigte er diesen Plan, indem er einen Vier-Mächte-Pakt über eine 25jährige gemeinsame Kontrolle

und die laufende (Lebensmittel-)Produktion nahezu restlos abschöpften, und

▷ die Westzonen, wo die Westmächte verzweifelt versuchten, eine Industrie in Gang zu bringen, die jedenfalls so viel produzieren sollte, daß wenigstens die dringendsten Lebensmittel-Importe bezahlt werden konnten.

Der Effekt war, daß aus der Zone auf Schwarzhandels-Wegen Riesenbeträge in wertloser Reichsmark nach dem Westen strömten. Waren, die von den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden importiert wurden, gingen zum Teil nach Mitteldeutschland, dessen Eigenproduktion von den Sowjets in Anspruch genommen und in die Sowjet-Union gebracht wurde.

Auch für Produkte der langsam wieder anlaufenden westdeutschen Industrie bezahlten die Mitteldeutschen nicht — wie vorgesehen — mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern mit wertloser Reichsmark.

Da Reichsmark in überreichem Maße vorhanden war und mithin für Waren sozusagen jeder Preis gezahlt wurde, verblieb von den westdeutschen Industrieprodukten nichts für den Export, mit dem man die Einfuhr ausländischer Lebensmittel hätte bezahlen können. Zudem glich die Wirtschaft in West- und Mitteldeutschland einem löcherigen Faß, in das Briten und Amerikaner ständig Lebensmittel und Versorgungsgüter nachfüllten und die Sowjets abzapften, was sie ergattern konnten.

Auf der Pariser Außenminister-Konferenz im Sommer 1946 klagte Bevin, die britische Zone koste den englischen Steuerzahler jährlich 80 Millionen Pfund — fast eine Milliarde Mark.

Schon vorher — und zwar im Winter 1945 — hatten die Amerikaner Versuche unternommen, dem unmöglichen Zustand ein Ende zu machen, bei dem sie praktisch die sowjetische Ausplünderung Mitteldeutschlands (und zum Teil auch die französische Südwestdeutschlands) finanzierten. Der amerikanische Außenminister Byrnes schlug damals vor, die im Potsdamer Vertrag vorgesehene zentrale Wirtschaftsverwaltung in Berlin zu etablieren.

Das hätte bedeutet, daß der Vier-Mächte-Kontrollrat, der bis dahin außerhalb Berlins nur koordinierende Funktionen hatte, einen gesamtdeutschen Gesprächspartner erhalten und daß sich — so darf man vermuten — das Schwergewicht der deutschen Politik langsam aus den Hauptquartieren der vier Zonenbefehlshaber nach Berlin zurückverlagert hätte.

Auf jeden Fall hoffte Byrnes, die deutschen Zentralinstanzen würden in der Lage sein, den traditionellen Waren-Austausch zwischen den landwirtschaftlichen Bezirken Mecklenburgs, Rest-Pommerns und der Mark einerseits und der Ruhr andererseits wiederherzustellen.

Die Sowjets begrüßten den Plan des Amerikaners, bot er ihnen doch Aussicht auf Erfüllung eines Wunsches, den sie in



... zersetzende Kräfte bemerkbar: Kommunisten stürmen das Stadthaus

\* Am Mikrophon Louise Schroeder (+); rechts daneben stehend: Otto Suhr (+).

des entmilitarisierten Gesamtdeutschland anbot.

Sei es, daß die Sowjets die Stärke ihrer Position überschätzten, sei es, daß sie annahmen, die Stellung der KPD in Mitteleuropa noch nicht genügend gefestigt zu haben — Molotow bemäkelte jedenfalls auf der Pariser Außenministerkonferenz im Sommer 1946 den neuen Byrnes-Plan. Er forderte, die Kontrolle müsse auf 40 Jahre ausgedehnt werden, und vor allem müsse in den Westzonen eine Demokratisierung nach sowjetzonalen Muster durchgeführt werden.

Hatten die Amerikaner in Potsdam noch keine Vorstellung davon gehabt, was nach sowjetischen Begriffen „Demokratisierung“ heißt, so hatte ihnen die sowjetische Politik in Mitteleuropa das inzwischen ausführlich demonstriert.

Rund ein halbes Jahr nach der Pariser Konferenz machten die Amerikaner und Briten den ersten Schritt in Richtung auf

Klauberei und geschulter Massenführung — breitmachte. So meinte zum Beispiel der Moskauer US-Botschafter Bedell Smith, ehemals General und Stabschef Eisenhowers, die Amerikaner seien zu naiv, um im Rahmen des Potsdamer Abkommens — also unter Voraussetzung der deutschen Einheit — mit der sowjetischen Politik fertig zu werden.

Die Neigung der Amerikaner, durch einen radikalen Trennungsstrich für ihre juristisch und wirtschaftlich geschulten Köpfe klare Verhältnisse in Deutschland zu schaffen, wurde noch durch Molotow gefördert. Seine Ansprüche umfaßten die sowjetische Beteiligung an der Ruhr-Kontrolle und — wiederum — die soziale Umschichtung Westdeutschlands mit Hilfe einer „Demokratisierung“ nach sowjetzonalen Muster.

Inzwischen hatte in Washington ein Planungstab unter Leitung des späteren Moskauer US-Botschafters George F. Ken-

soll, muß sich die deutsche Wirtschaft in die europäische einfügen ... — gemeint war vornehmlich die Ruhr oder anders ausgedrückt: die westdeutsche Wirtschaft. Die im nächsten Jahr folgende deutsche Währungsreform war nur noch die selbstverständliche Konsequenz der OEEC-Beschlüsse von Paris. Sie vollstreckte die deutsche Spaltung längs der Zonengrenze.

Hatten die Marshall-Verhandlungen gezeigt, wie tief die deutsche Frage in wirtschaftlicher Hinsicht mit dem sich immer deutlicher abzeichnenden Weltkonflikt verzahnt war, so sollte bald deutlich werden, daß die deutsche Position für die zerfallende Welt auch militärisch bedeutsam schien. Noch am 4. März 1947 hatten England und Frankreich in Dünkirchen einen ausschließlich gegen Deutschland gerichteten Verteidigungspakt geschlossen. Bereits ein Jahr später — unmittelbar vor Abschluß des Brüsseler Paktes (17. März 1948), aus dem sich später die Nato entwickeln sollte — schrieb am 7. März 1948 die Londoner „Sunday Times“, Westdeutschland müsse bei der Verteidigung Europas „berücksichtigt“ werden.

In Moskau erkannte man sofort, was das bedeutete: Die „Prawda“ nannte Westdeutschland den künftigen Eckpfeiler des Brüsseler Paktes und bemerkte, daß der Pakt mit dem deutschen Beitritt „eine ganz bestimmte aggressive Note“ erhalten werde.

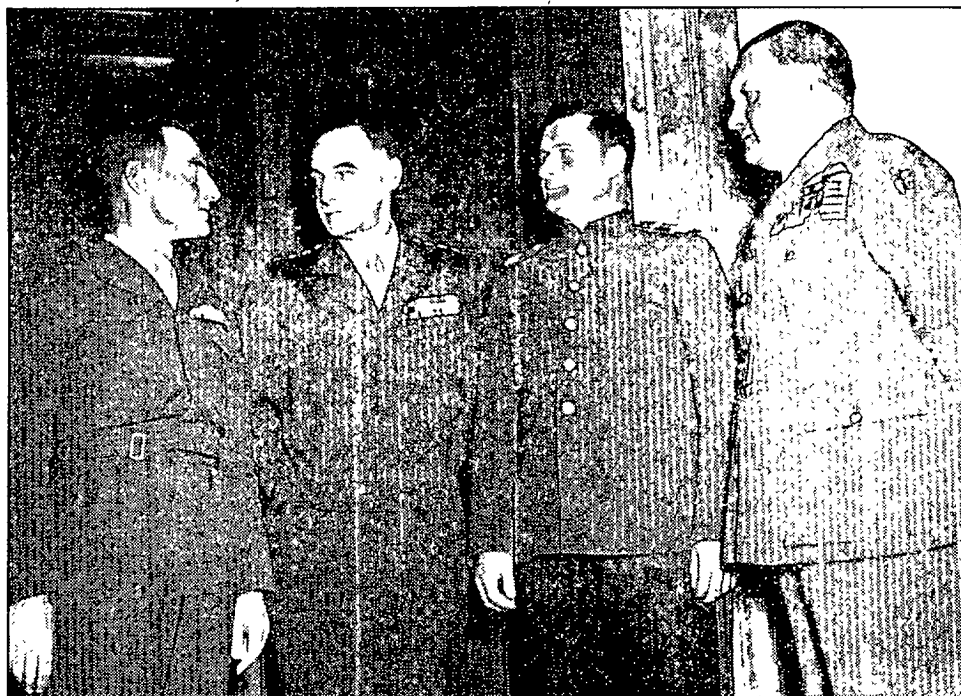
Zu gleicher Zeit versuchte Stalin, sich dem Fatum der wirtschaftlichen und militärischen Eingliederung Westdeutschlands in das westliche System entgegenzustellen. Als Ansatzpunkt bot sich ihm Berlin, das Symbol der in Potsdam geplanten Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats und die Insel westallierter Truppen inmitten der sowjetischen Besatzungszone.

Auf der anderen Seite war insbesondere in Berlin den amerikanischen Generälen und Besatzungsbeamten der Blick für die Praxis der sowjetischen Politik geschärft worden. Im Herbst 1947 hatte der polnische Bauernführer Mikolajczyk auf der Flucht vor Stalins Terror Berlin passiert. Seine Berichte von der Erdrosselung der bürgerlichen und Bauernparteien Osteuropas — vier Monate später durch den kommunistischen Putsch in Prag bestätigt — vermittelten insbesondere dem US-Oberbefehlshaber Clay und dessen politischem Berater Murphy eine Vorstellung von dem, was Stalins Deutschland-Politik beinhalten konnte.

In Berlin selbst tobte schon seit Herbst 1946 ein erbittertes Ringen um die Macht. Am 20. Oktober war in Gesamtberlin gewählt worden. Eindeutige Siegerin war die SPD, die einen entschieden anti-russischen Standpunkt einnahm.

Die Abgeordneten-Versammlung wollte den gerade aus der Emigration zurückgekehrten Ernst Reuter zum Oberbürgermeister wählen, aber die westlichen Vertreter in der Kommandatura ließen wissen, daß ein sowjetisches Veto zu erwarten sei. An Stelle Reuters wurde der wankelmütige Sozialdemokrat Ostrowski gewählt. Der heutige Regierende Bürgermeister Willy Brandt und der britische Journalist Löwenthal nannten ihn in ihrer Reuter-Biographie „Zentrowski“, die Berliner Zeitungen des Ostsektors „Westrowski“.

Ostrowski scheiterte an dem Versuch, die Gegensätze zwischen der sowjetischen Politik im Ostsektor der Stadt und dem Westen zu überbrücken. Nach der Niederlage bei den 46er Oktoberwahlen waren die Sowjets darangegangen, die Bezirksverwaltungen und -vertretungen in ihrem Sektor durch Terrormaßnahmen nach



Alliierte Militärgouverneure 1949\*: Durch Spaltung zur Einheit?

die Spaltung des deutschen Währungsgebietes: Sie gründeten in Frankfurt am Main die sogenannte Bi-Zone.

Aber ehe die Angelsachsen den damit eingeschlagenen Weg fortsetzten, trafen sie sich noch einmal mit Sowjets und Franzosen zu einer Vierer-Konferenz in Moskau. Amerika wurde dabei durch den neuen Außenminister und ehemaligen Chef des amerikanischen Weltkrieg-II-Generalstabes, George C. Marshall, vertreten. Der General kam gerade aus China, wo er mit eigenen Augen das Vordringen des Kommunismus beobachtet hatte.

In Europa bemerkte er ähnliche Erscheinungen und glaubte zu erkennen, daß die von den Sowjets unterstützte Verelendung Deutschlands in ein kritisches Stadium eingetreten sei: „Es machen sich zersetzende Kräfte bemerkbar.“

Hinzu kam, daß unter den Führern Amerikas sich eine manchmal sogar panische Angst vor dem Raffinement der sowjetischen Politik — ihrer Kombination von Demagogie, hartnäckiger Buchstaben-

nan erkannt, „daß die Kommunisten die europäische Krise ausnutzen und daß weitere kommunistische Erfolge die amerikanische Sicherheit ernsthaft gefährden würden“.

Bald nach der Moskauer Konferenz — am 5. Juni 1947 — gab Marshall das Signal zu einer entscheidenden Wendung der amerikanischen Politik. „Die Lösung“, so sagte er in einer Rede in Harvard, „liegt ... in der Wiederherstellung des Vertrauens der europäischen Völker in die Zukunft ihrer Länder ...“

Am 12. Juli trat in Paris eine Konferenz 16 europäischer Länder zusammen, um den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) zu gründen, der dann als europäische Organisation des kurz danach anlaufenden Marshall-Plans fungierte — bis heute ist er die erfolgreichste europäische Organisation geblieben. Die USA hatten begonnen, mit dem ihnen adäquaten Mittel — mit Dollars — der von den Sowjets betriebenen Dekomposition Westeuropas entgegenzutreten.

Am Ende ihrer Beratungen im September 1947 stellten die 16 OEEC-Staaten eine Binsenwahrheit fest: „Wenn die europäische Zusammenarbeit Wirklichkeit werden

\* L.N.R.: Frankreichs Stellvertreter des Militärgouverneurs Koenig, General Noirot; Amerikas General Clay; Sowjet-Rußlands Marschall Sokolowski; Großbritanniens Luftmarschall Sir Sholto Douglas.

ihrem Willen umzugestalten. Sie versuchten auch — mit wechselndem Erfolg —, wichtige Magistratsposten, so insbesondere den des Gesamtberliner Polizei-Präsidenten, mit Kommunisten zu besetzen.

Der Magistrat und das Berliner Stadtparlament, beide ansässig im sogenannten „Neuen Stadthaus“ im Ostsektor der Stadt, sahen sich einem kombinierten Terror von Volkspolizei und Mob ausgesetzt, dem sie früher oder später erliegen mußten. Unter den Augen der westlichen Zonen-Befehlshaber demonstrierten die Sowjets das ganze Instrumentarium ihrer Staatsstreich-Technik.

Oberbürgermeister Ostrowski trat im April 1947 zurück. Rund zwei Monate später wählten die Abgeordneten Reuter zum neuen Oberbürgermeister. Indes, die westlichen Alliierten wollten es noch nicht zum Bruch kommen lassen. Sie akzeptierten ein sowjetisches Veto im Kontrollrat gegen die Wahl des SPD-Führers. Die Sozialdemokratin Louise Schroeder amtierte als Stadtoberhaupt.

Im März 1948 begannen die Sowjets, den interzonalen Berlin-Verkehr einzuschnüren. Zunächst richteten sich die sowjetischen Maßnahmen nur gegen den westalliierten Militärverkehr. Die Blockade gegen die Westberliner Zivilbevölkerung setzte erst im Juni ein — und zwar, nachdem etwa zur selben Zeit eine separate Außenminister-Konferenz der Westmächte die sogenannten „Londoner Empfehlungen“ für die Bildung eines westdeutschen Teilstaats ausgearbeitet hatte und am 20. Juni durch die Währungsreform das bis dahin einheitliche deutsche Währungsgebiet in zwei Teile getrennt worden war.

Der Termin des Blockade-Beginns und die daraufhin einsetzende diplomatische Debatte zwischen Moskau und den Westmächten über die Aufhebung der Blockade zeigten, worum es den Sowjets ging — nämlich darum, die Teilung Deutschlands zu verhindern.

Molotow erklärte im Juli dem US-Botschafter Bedell Smith, die Berliner Krise sei ein Bestandteil der deutschen Frage. Stalin selbst sagte im August zu Smith: Nachdem die Westmächte in Berlin die (West-)Mark eingeführt hätten, könne er ihren Anspruch auf Verbleiben in Westberlin nicht mehr als rechtmäßig anerkennen.

Zu diesem Zeitpunkt nahm Stalin offenbar an, daß Westberlin den Winter nicht überstehen werde. Indes, die Luftbrücke funktionierte, und die Berliner Bevölkerung zeigte sich gegen die Propaganda des Ulbricht-Regimes immun — zwei Tatsachen, mit denen man in Moskau nicht gerechnet hatte.

Schon am 20. März 1948 hatte der Kontrollrat, das Gremium der vier Zonenbefehlshaber, praktisch aufgehört zu existieren: Marschall Sokolowski hatte die Sitzung nach einem Wortwechsel, insbesondere mit Clay, verlassen.

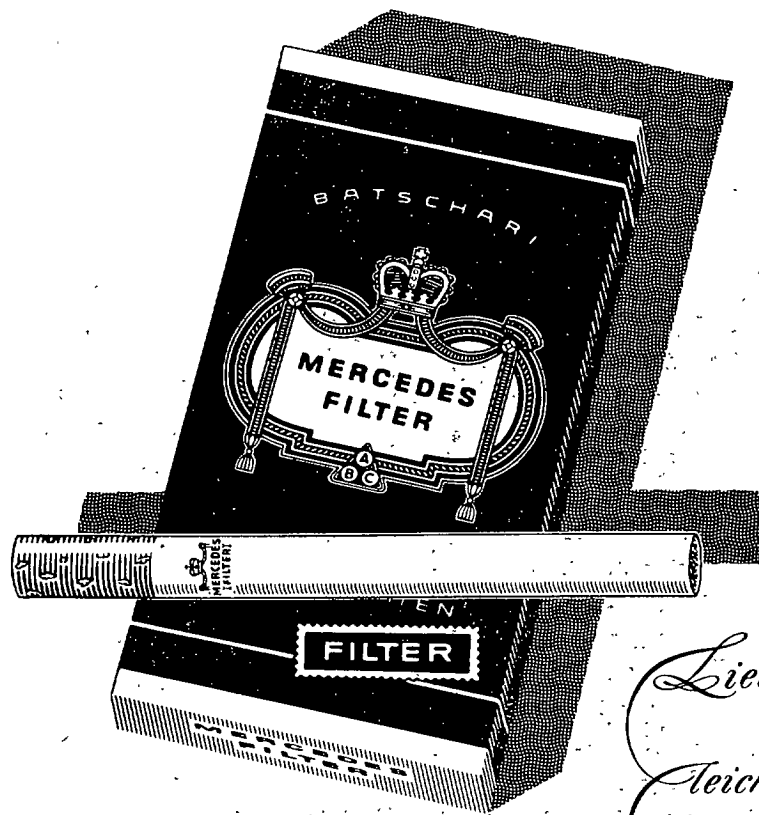
Rund drei Monate später, am 16. Juni — vier Tage vor der Währungsreform in Westdeutschland —, ging auch die sogenannte Berliner Kommandatura auseinander. Der sowjetische Kommandant von Berlin verließ die Sitzung, nachdem er erklärt hatte, die „Londoner Empfehlungen“ der drei Westmächte für die Bildung eines westdeutschen Teilstaates verstießen gegen das Potsdamer Abkommen.

Am 24. Juni führten die drei westlichen Kommandanten in ihren Sektoren die Deutsche (West-)Mark als gesetzliches Zahlungsmittel ein, und am 8. Juli schloß Stalin die Blockade zu einem undurchdringlichen Ring.

Der Kampf in der Stadt tobte noch eine Weile weiter. Insbesondere die

# ein besonderer Typ

## neu und neuartig



*Lieber  
leichter,  
lieber  
Mercedes  
FILTER*

## rein und leicht

## speziell für

## Filter-Freunde gemischt

# MERCEDES FILTER

Berliner Christdemokraten versuchten, die endgültige Teilung der Stadt zu verhindern, aber die stärkste Partei, die SPD, drängte ähnlich wie Adenauer im Westen auf eine klare Trennung. In der Tat ließ die sowjetische Politik kaum eine andere Wahl.

Kommunistisch geführte Banden drangen am 26. August in das Neue Stadthaus ein und verhinderten die vorgesehene Sitzung der Abgeordneten-Versammlung. Das gleiche geschah am 6. September. Die demokratischen Abgeordneten flohen vor dem Terror, der offen von der Volkspolizei unterstützt wurde, in das Studentenhaus am Westberliner Steinplatz. Ein Militärtribunal der Sowjetischen Militärverwaltung bezeichnete wenige Tage später die SPD-Führer Reuter, Neumann und Suhr sowie einige CDU-Politiker als „faschistische Provokateure“ und beschuldigte sie, „militaristische Pogromreden“ gehalten zu haben.

Am 5. Dezember gingen 86 Prozent der Westberliner zur Wahl, obwohl die SED zum Boykott aufgefordert hatte. 64,5 Prozent der Wähler stimmten für die Partei Reuters, die SPD. Reuter wurde von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig zum Oberbürgermeister der nunmehr zweigeteilten Stadt gewählt.

Im Frühjahr 1949 näherten sich in Bonn die Beratungen des Parlamentarischen Rates über das provisorische Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihrem Ende. Stalin begriff, daß die Berliner Blockade als Mittel zur Verhinderung der deutschen Teilung versagt hatte. Am 5. Mai 1949 beendete er das Unternehmen, drei Tage später nahm der Parlamentarische Rat das Bonner Grundgesetz an. Die deutsche Teilung war vollzogen.

Berlin, obwohl in den folgenden Jahren immer wieder zur eigentlichen deutschen Hauptstadt deklariert, hatte seine Rolle als Symbol der Einheit der Deutschen ausgespielt — denn diese Einheit gab es nicht mehr. Dafür aber hatte es eine andere Bedeutung gewonnen, nämlich als Sinnbild erfolgreichen westlichen Widerstandes, als Schauplatz eines westlichen Sieges nach einer langen Epoche deprimierender Niederlagen. Im Verlauf der Blockade hatte insbesondere Amerika, wie es seine Art ist, Gefühle in Westberlin investiert, die bis auf den heutigen Tag eine Tatsache von zwiespältiger weltpolitischer Bedeutung bilden.

Stalins schlecht überlegte Blockade gegen Berlin hatte etwas bewirkt, was die Fähigkeit jeder amerikanischen Regierung, sich mit Moskau über die Köpfe der Deutschen hinweg zu arrangieren, außerordentlich beengt. Das mußte Chruschtschew feststellen, als ihm auf seine Rede vom 10. November hin aus der amerikanischen Presse eine Welle von Empörung entgegenschlug. Die „New York Times“ fragte angesichts der „Brutalität“ der Note, „ob der Kreml den Verstand verloren hat“.

Bei den Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Sonderbotschafter Jessup und dem sowjetischen Uno-Chefdelegierten Malik im April und Mai 1949 hatte der Russe hartnäckig darauf bestanden, daß in der Vier-Mächte-Erklärung über die Aufhebung der Blockade ein Passus über die zukünftige Behandlung Deutschlands enthalten sein müsse. Man einigte sich schließlich darauf, daß in Punkt drei der Erklärung eine Außenministerkonferenz über Deutschland und Berlin verabredet wurde.

Maliks Hartnäckigkeit hatte erkennen lassen, daß Stalin die deutsche Teilung trotz des Scheiterns der Berlin-Blockade immer noch nicht als Faktum anerkennen wollte und nach wie vor den Potsdamer Vertrag, der einerseits den Deutschen die

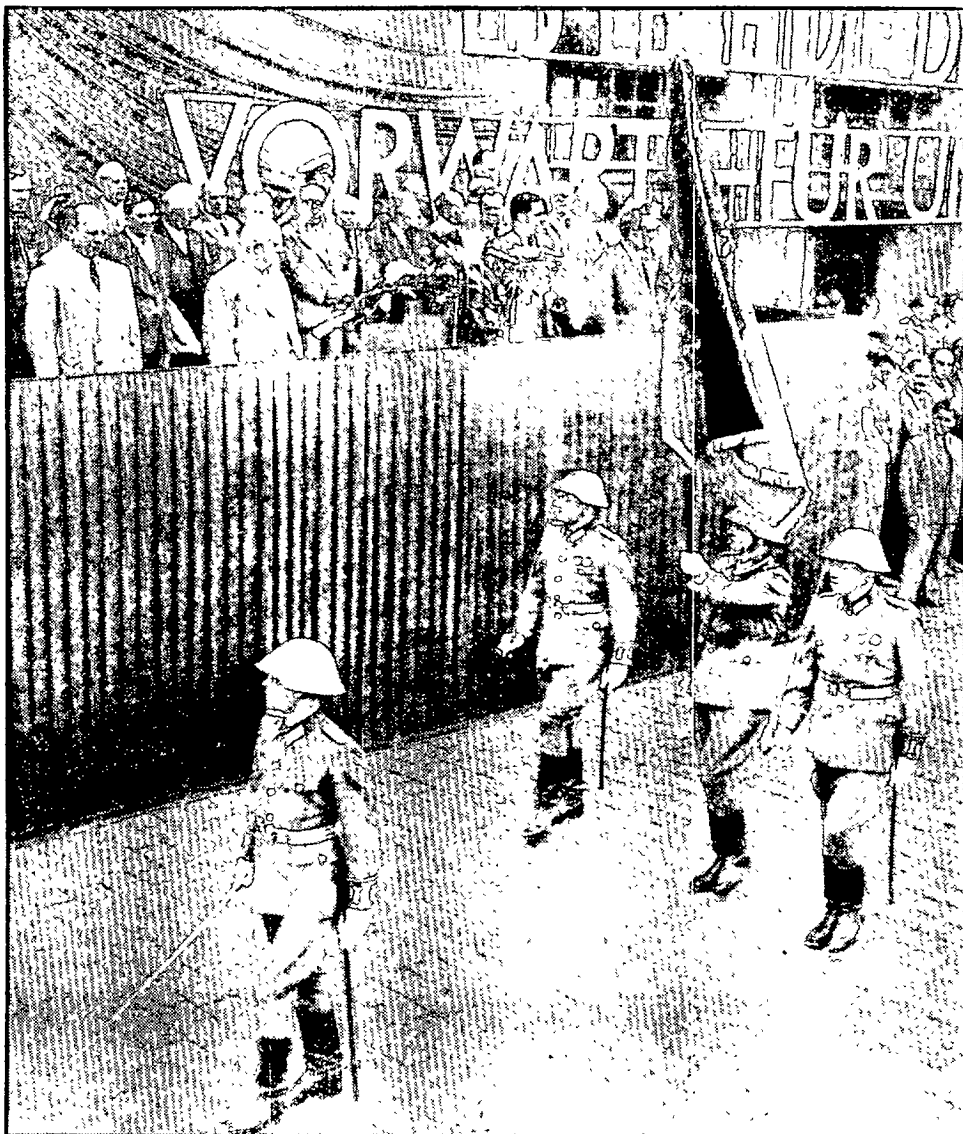
staatliche Einheit in Aussicht gestellt, andererseits aber den Sowjets einen Anspruch auf soziale Umgliederung Gesamtdeutschlands (Entmonopolisierung und Entmilitarisierung) gegeben hatte, als die Grundlage jeder deutschen Lösung und der sowjetischen Deutschland-Politik ansah.

Indes, in Wirklichkeit verlief die Entwicklung anders: In Westdeutschland etablierte sich das Wirtschaftswunder, und in Westeuropa zeichnete sich das ab, was man in Moskau immer gefürchtet hatte, nämlich ein Übergewicht des wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Bundesrepublik im Kräftespiel mit England, Frankreich und den übrigen westlichen Staaten.

Ob zu Recht oder zu Unrecht — Stalin unterstellte dieser Entwicklung, wie die

ihrerseits in dem Potsdamer Vertrag fanden. Der Vertrag hatte nicht nur die Entmonopolisierung und Entmilitarisierung Deutschlands festgelegt, sondern auch die Forderung, daß die demokratischen Freiheiten wiederhergestellt werden sollten. Dieser Teil des Vertrages war ohne Zweifel von den Sowjets gebrochen worden: In Mitteldeutschland waren die demokratischen Freiheiten — Presse-, Versammlungs-, Wahl- und Koalitionsfreiheit — in einem konsequenten Prozeß zügig fortschreitender Liquidierung abgewürgt worden.

Die Pariser Außenministerkonferenz 1949, die von Jessup und Malik verabredet worden war und auf der Andrej Wysschinski die Sowjet-Union vertrat, die Berliner Konferenz von 1954, auf der Georges Bidault zum Matador der deut-



Chruschtschew in Berlin (1957): Im nächsten Sommer begrenzter Luftkrieg?

„Prawda“ am Vorabend des Brüsseler Paktes im März 1948 geschrieben hatte, eine „aggressive Note“. Doch die Argumente der nun folgenden Konferenzen, diplomatischen Manöver und Noten drehten sich im Kreise.

Stalins Initiativen zielten immer auf den Potsdamer Vertrag und damit auf die Wiederherstellung der Situation von 1945/46, in der er von Anfang an nichts anderes als die soziale Umgliederung und damit die Einverleibung Deutschlands in das sowjetische Imperium angestrebt hatte.

Umgekehrt bedienten sich die Westmächte von nun an der Argumente, die sie

schen „Wiedervereinigung in Freiheit“ wurde, und die dazwischen liegenden Notenwechsel droschen das längst leer gewordene Stroh von Potsdam.

Bei diesem Geschäft hatte allerdings die Sowjet-Union einen Vorteil. Sie besaß ein wirkliches Konzept für die Kontrolle eines wiedervereinigten Deutschlands: den Plan eines radikalen Umbaus der deutschen Gesellschaftsordnung unter Führung einer leninistischen Kaderpartei nach sowjetischem Muster. Deswegen und unter Voraussetzung dieses Konzepts war Stalins Wiedervereinigungs-Politik in der Tat ernst gemeint. Mit anderen Worten: Die

Sowjet-Union traute sich zu, auch mit Gesamtdeutschland fertig zu werden.

Dieses Selbstvertrauen besaßen und besaßen die Westmächte nicht — aus gutem Grund: Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sie die Chance gehabt, den deutschen Nationalstaat nach ihrem eigenen Bild zu formen. Diese Chance wurde vertan, teils von den Deutschen selbst, teils aber auch von der französischen und britischen Politik. Die bittere Erfahrung der zwanziger Jahre, den deutschen Nationalstaat, unter anderem aus eigenem Unvermögen, nicht kontrollieren zu können, beherrschte die Deutschland-Politik der Westmächte, nachdem Stalin den Potsdamer Entwurf offenkundig mißbraucht hatte.

So kam es, daß der Lippendienst des Westens für die deutsche Einheit stets zu einem kaum noch hörbaren Flüstern herabsank, sobald Stalin scheinbar oder wirklich ernst zu nehmende Konzessionen in der Deutschland-Frage machte, und immer dann zur Lautstärke eines Christmette-Chors answoll, wenn die Kirche, in der vom einigen deutschen Reich gepredigt wurde, leer war und Moskau durch Abwesenheit obstruierte.

Jedoch vermochte Moskau aus der inneren Unwahrhaftigkeit der westlichen Deutschland-Politik nur dürftigen Gewinn zu ziehen: Das Entsetzen der Westdeutschen über das traurige Regime der Ulbrichte in Mitteldeutschland und der Horror vor der Konsum-Misere der Zone waren stärker als die Sehnsucht nach dem deutschen Nationalstaat. Man ließ sich gern damit beruhigen, daß Adenauers Politik der Stärke und der westlichen Integration wie durch ein Wunder zur Wiedervereinigung führen werde, und ließ sich bestenfalls in ironischer Form mit der Frage konfrontieren, ob und wieweit dieses Konzept wirklich ernst gemeint sei.

Der Kreml zögerte lange, aus dieser Entwicklung programmatische Konsequenzen zu ziehen, obwohl er sie de facto laufend berücksichtigte, indem er schritthaltend mit der westdeutschen Entwicklung die sogenannte Deutsche Demokratische Republik aufbaute. Einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Deutschland-Politik indes vollzog erst Stalins Nachfolger Chruschtschew.

Als er im Sommer 1955 von der Genfer Lächer-Show mit Eisenhower nach Moskau zurückkehrend in Ostberlin Station machte, erklärte er, daß die „Deutsche Demokratische Republik“ fortan eine Realität sei. Die Zwei-Staaten-These Chruschtschews, mit anderen Worten: die sowjetische Anerkennung des Scheiterns von Potsdam, die Billigung der deutschen Teilung als Faktum, der Verzicht auf die soziale Umgliederung und auf sowjetische Beteiligung an der Kontrolle der Ruhr und Westdeutschlands zeichneten sich deutlich ab.

„Es ist jetzt schon zu spät“, sagte Chruschtschew wenige Wochen nach Genf in Moskau zu Bundeskanzler Adenauer, „die Frage der Aufhebung der Pariser Verträge aufzuwerfen. Sie bestehen bereits, und niemand wird darauf eingehen. Es wäre auch nicht realistisch, die Frage des Austritts der Deutschen Bundesrepublik aus dem Nordatlantikblock zu stellen, das könnte als ein Ultimatum aufgefaßt werden. Wir werfen diese Frage nicht auf.“

Zwei Probleme blieben übrig,

▷ die Frage, ob Washington und Moskau eine Vereinbarung darüber treffen können, in welchem Maße sie jeder für sich und nach seinen Methoden den ihm zugefallenen Teil Deutschlands kontrollieren, und

▷ die Frage Berlins.

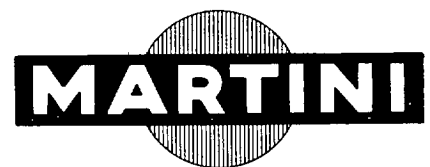
Die Sowjet-Note vom 27. November offerierte dem Westen den Plan, Westberlin



## *Beliebt und vielbegehrt...*

ist MARTINI überall in der Welt wegen seiner anerkannt einmaligen Geschmackskomposition. Diese kommt betont zum Ausdruck, wenn Sie MARTINI pur genießen — bevorzugt auf Eiswürfeln „On the Rocks“ nach angelsächsischer Art. Unentbehrlich ist MARTINI auch zum Mixen exquisiter Cocktails.

**MARTINI zu jeder Gelegenheit**



ROSSO · BIANCO · DRY · ROT

zu einer freien Stadt zu machen. „Wenn dieser Vorschlag für die Regierung der Vereinigten Staaten nicht annehmbar ist“, so heißt es in der an Washington gerichteten Noten-Fassung, „gibt es kein Thema mehr für Gespräche zwischen den früheren Besatzungsmächten über die Berliner Frage.“

Nach Ablauf der Sechs-Monate-Frist, ab 28. Mai 1959 also, werden mithin die drei Westmächte mit Ulbricht über den Verbleib ihrer Truppen in Westberlin und — sofern Pankow sich damit vorläufig abfinden sollte — über die Versorgung dieser Truppen verhandeln müssen. Noch ehe die Sowjet-Note überhaupt übergeben war, erklärte sich der amerikanische Außenminister Dulles zu Verhandlungen mit den „DDR“-Behörden über die Versorgungsfrage bereit — nicht zu Verhandlungen über den Verbleib der alliierten Besatzung.

Tatsächlich dürfte die Frage der Versorgung — mit anderen Worten, die der Zufahrtswege nach Berlin — die erste sein, die sich stellt. Nach der bisher gültigen und von den Sowjets stillschweigend ge-

mehr „DDR“-Offiziere und Beamte einrücken können, sozusagen als Beauftragte der Sowjet-Union.

Dulles visierte dabei vornehmlich die Luftsicherheits-Zentrale im alten Kontrollrats-Gebäude an, daß in der Westberliner Potsdamer Straße gelegen ist.

Die juristische These des amerikanischen Außenministers mag vertretbar sein, aber sie enthält ein schwer zu lösendes Problem. Neben der Luftsicherheits-Zentrale funktioniert bis heute als zweite verbliebene Vier-Mächte-Institution die Verwaltung des Spandauer Gefängnisses, in dem noch die Nürnberger Verurteilten Speer, Schirach und Heß einsitzen. Sollen die Sowjet-Offiziere in der Luftsicherheits-Zentrale durch Pankower „agents“ abgelöst werden können, so wäre nicht einzusehen, warum nicht auch ein Kommando sowjetzonaler Volksarmisten die sowjetische Bewachung von Spandau ersetzen kann.

Freilich ist kaum anzunehmen, daß die „DDR“ den Vier-Mächte-Status von Berlin anerkennen wird, denn auf die Beseiti-

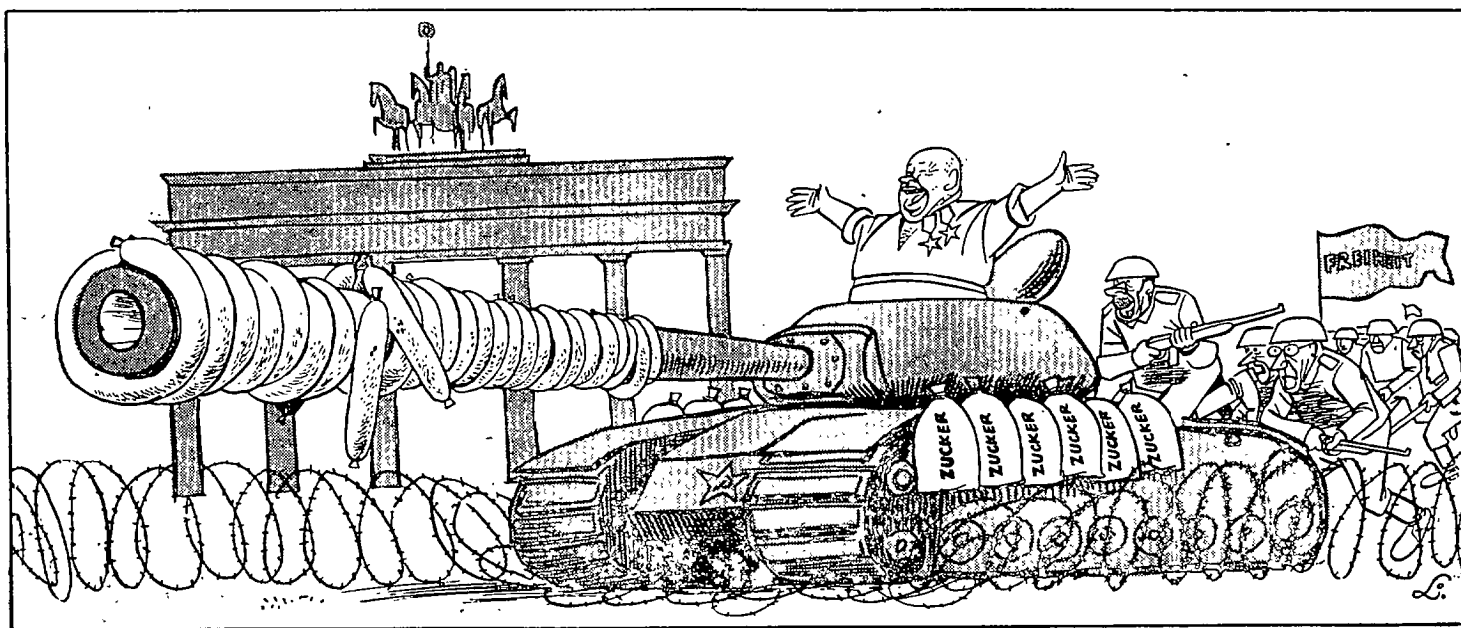
„Massen-Demonstrationen gegen die Besatzer“ möglich werden.

Diese Perspektive stellt insbesondere Washington vor die heikle Wahl, entweder:

- ▷ eine langsame Erhitzung der öffentlichen Meinung Amerikas gegen den sowjetischen Drahtzieher hinter Pankow in Kauf zu nehmen (mit allen Gefahren, die daraus für den Weltfrieden erwachsen mögen) oder aber:
- ▷ den psychologischen Abnutzungs-Feldzug ohne effektive Gegenmaßnahmen über sich ergehen zu lassen, mit dem dann vorauszu sehenden Ende einer allmählichen Erschöpfung der amerikanischen Berlin-Sympathien.

Die beiden Varianten dieser Perspektive sind düster genug, um Washington zu einer sehr genauen Prüfung der Sowjet-Note vom 27. November zu veranlassen. In der Tat ist die Note voller versteckter Andeutungen möglicher Alternativen. So heißt es gegen Ende der Note:

„Eine unabhängige Lösung des Berlin-Problems muß in der allernächsten Zukunft gefunden werden, da die West-



Süddeutsche Zeitung

Chruschtschews Salami-Panzer vor Westberlin: „Ihr sollt leben wie Gott in Rußland“

billigten Rechtsauffassung implizierte das durch Vereinbarungen zwischen den vier Mächten den Amerikanern, Briten und Franzosen zugestandene Recht, Truppen in Berlin zu unterhalten, gleichzeitig auch den Anspruch, diese Truppen auf bestimmten Wegen zu versorgen.

Eine ausdrückliche Vereinbarung ist darüber nicht geschlossen worden. Als Präsident Truman im Sommer 1945 versuchte, Stalin zu einer Vereinbarung über die Korridore nach Berlin zu bewegen, wich der Kreml aus, und Truman zögerte, weiter zu drängen, weil er meinte, in eine der damals schon von den Amerikanern gefürchteten Verhandlungen mit den Sowjets verwickelt zu werden.

Außenminister Dulles deutete am 26. November an, er wolle mit den Beamten der „DDR“ als mit „agents“ der Sowjets, als mit Erfüllungsgehilfen der Sowjet-Union, verhandeln. Das bedeutet, daß er die Vier-Mächte-Ab-sprachen über Berlin nach wie vor als gültig betrachtet und daß — nach seiner Ansicht — bei allen heute noch funktionierenden Vier-Mächte-Institutionen überall dort, wo bisher sowjetische Offiziere oder Beamte tätig waren, nun-

gung eben dieses Vier-Mächte-Status ist sowohl die sowjetische wie die Pankower Politik angelegt. Das Beste, was die Westmächte erwarten können, ist die als wahrscheinlich geltende Möglichkeit, daß die „DDR“ das Verbleiben der Westalliierten als „Realität“, wie Ulbricht es ausdrückte, zunächst hinnimmt, den Vier-Mächte-Status Berlins aber durch fortlaufende diplomatische, juristische, wirtschaftliche und agitatorische Manöver unterhöhlt.

Die „New York Herald Tribune“ meldete in der letzten Woche, daß sich die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland auf einen „begrenzten Luftkrieg“ in den Korridoren nach Berlin vorbereiten. Aber selbst wenn man nicht damit rechnet, daß sowjetzonale Jagdgeschwader gegen den westlichen Luftverkehr nach Berlin eingesetzt werden, bleibt den Pankower Behörden eine große Zahl von Möglichkeiten, den Durchhaltewillen des Westens durch sorgfältig dosierte Schockmanöver langsam abzuwetzen.

Ohne Zweifel wird Ulbricht versuchen, die Berliner Wirtschaft zu beunruhigen — in der Hoffnung, Arbeitslosigkeit in Westberlin zu verursachen und damit ein soziales Klima zu schaffen, in dem schließlich

mächte sich weigern, an der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland teilzunehmen und da die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der Unterstützung der gleichen Mächte eine Politik verfolgt, die die Vereinigung Deutschlands behindert.“

Dieser Satz verspricht — zumindest anscheinend — eine andere als „unabhängige“ Lösung des Berlin-Problems, sofern der Westen bereit ist, über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln und auf die sowjetischen Wünsche für die Lösung der deutschen Frage einzugehen: nämlich Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands und Bildung einer deutschen Konföderation.

Was immer man unter einer „unabhängigen“ Lösung des Berliner Problems zu verstehen haben wird — auf jeden Fall dürfte sie die Räumung Westberlins durch die Alliierten implizieren —, offenkundig sieht Chruschtschew in der Dramatisierung der Berlin-Frage eine Chance, das deutsche Problem neu zur Debatte zu stellen. Warnend hatte er in seiner Note Berlin mit einem „Zündholz“ verglichen, „das langsam einem Pulverfaß näher gebracht wird“. Mit dem Pulverfaß meinte er Deutschland.